

VERANSTALTUNGSBERICHT

Tobias Müller

Titel:	U.S. International Affairs Budget - Meeting the Global Challenges of the 21st Century
Thema:	Die Erhöhung des Anteils am Staatsetat für internationale Beziehungen
Veranstalter:	U.S. Global Leadership Campaign
Art:	Leadership Roundtable
Datum:	27.06.06

Nach einer kurzen Begrüßung beschrieb **George Ingram**, Präsident der *U.S. Global Leadership Campaign*, kurz den aktuellen Stellenwert des Bereichs „International Affairs“ im Bundesetat der Vereinigten Staaten. Mit ungefähr 30 Milliarden US\$ stelle die Regierung dem *Department of State* gerade einmal 1.2 Prozent des jährlichen Etats zur Verfügung. Effektiv seien dies 15 Prozent weniger als für internationale Angelegenheiten zur heißesten Phase des Kalten Krieges ausgegeben wurde. Dabei habe vor allem der 11. September gelehrt, dass die komplexe Welt des 21. Jahrhunderts eine angemessene Bereitstellung von Geldern zur Bekämpfung der globalen Problemen erfordere. Nicht zuletzt sei eine Lösung dieser Probleme elementar wichtig für die externe Sicherheit der Vereinigten Staaten.

Im Anschluss erläuterten **Brian Dailey**, Vize-Präsident der *Lockheed Martin Corporation* und Mitglied des Verwaltungsrats der *U.S. Chamber of Commerce* sowie **Helen D. Gayle**, Präsidentin und Vorstandsvorsitzende bei *CARE USA*, die Beweggründe ihrer Organisationen der *U.S. Global Leadership Campaign* beizutreten. Sowohl für ein global operierendes Wirtschaftsunternehmen als auch für eine humanitäre Organisation, seien internationale Stabilität und Entwicklung von fundamentaler Bedeutsamkeit, um einerseits neue Märkte zu erschließen und andererseits soziale Mißstände zu bekämpfen sowie den weltweiten Lebensstandard anzuheben.

Andrea Mitchell, Chefkorrespondentin für internationale Angelegenheiten bei *NBC News*, moderierte die anschließende Gesprächsrunde, in der sich alle Teilnehmer weitestgehend einig waren, dass eine Erweiterung des Etats für internationale Angelegenheiten dringend vonnöten sei.

So bekräftigte **Colin L. Powell**, Außenminister der Vereinigten Staaten von 2001 bis 2005, die Wichtigkeit von internationalem Frieden, globaler sozialer Gerechtigkeit und der Bekämpfung von Armut und Ungleichheiten für die externe Sicherheit der Vereinigten Staaten. Dementsprechend solle man vielversprechende, jüngst begonnene Regierungsprogramme in diesem Bereich nachhaltig fördern. Jedoch sei eine reine Verschiebung von Ressourcen hierzu

nicht ausreichend. Vielmehr müsse man sich auch mit den Konsequenzen von politischen Entscheidungen wie dem Irak-Krieg oder der Invasion Afghanistans sowie den damit verbundenen Eindrücken in der nationalen und internationalen Öffentlichkeit auseinandersetzen. Letztlich dürfe der „War on Terrorism“ kein Ersatz für den Kalten Krieg werden.

Madeleine K. Albright, Außenministerin der Vereinigten Staaten von 1997 bis 2001, verwies darauf, dass man die genauen Ursachen für Terrorismus und Anti-Amerikanismus nicht kenne. Jedoch sei es keine Überraschung wenn das reichste Land der Erde in einer Welt, in der Armut die stärkste Trennungslinie zwischen den Menschen darstelle, Antipathien und Feindschaft auf sich zöge. So würde die wohlhabende amerikanische Bevölkerung leicht als egoistisch empfunden. Auch deswegen müsse man der Öffentlichkeit erklären, dass staatliche Investitionen im Ausland zur Bekämpfung lokaler Probleme kein Nullsummenspiel darstellten. Insbesondere amerikanische Unternehmen profitierten von stabilen Auslandsmärkten. Allerdings hätte auch gerade die amerikanische Wirtschaft mit ihrer vorbildlichen arbeitsrechtlichen Sicherheit sowie ihrer Robustheit und Wettbewerbsfähigkeit eine Verantwortung gegenüber schwächeren Wirtschaftsräumen. Im Interesse von Wirtschaft und nationaler Sicherheit sei ebenfalls eine starke, durch Reformen verbesserte, UNO wünschenswert. Zum Abschluss verwies Albright auf die gewachsene Partnerschaft zwischen ausländischen Geschäftsleuten und amerikanischen Diplomaten. Diese solle genutzt werden, um an der Basis nach Problemen und Missständen in entsprechenden Ländern zu forschen und um einen Zugriff auf nicht-staatliche Akteure im Ausland zu erlangen.

Admiral Edmund P. Giambastiani, Jr, stellvertretender Vorsitzender der *U.S. Joint Chiefs of Staff*, unterstützte den wirtschaftlichen Ansatz zur Förderung des Bewußtseins für die Wichtigkeit eines höheren Etats für internationale Angelegenheiten. So sei es der Geist des freien Unternehmertums, der die Vereinigten Staaten so stark mache. Und genau dieser Geist dränge nun auf ausländische Märkte. Dieses Streben solle behauptet und geschützt werden. Jedoch sei es auch aus militärischer Sicht wichtig, die Entwicklung in instabilen Regionen zu fördern. Schließlich seien es oft gescheiterte Staaten, die Terroristen, Piraten und organisiertes Verbrechen beherbergten. Deswegen investiere das Pentagon bereits stark in bi- und multilaterale Verteidigungsinitiativen sowie in den Aufbau von autarken Sicherheitsstrukturen in labilen Staaten. Auf diesem Wege könnten anfangs unregierbare Gegenden von einer Bedrohung in eine Chance verwandelt werden. Die Entwicklung einer effizienten Außen- und Sicherheitspolitik sei jedoch heutzutage viel schwieriger zu erreichen als zu Zeiten des Kalten Krieges. Nicht zuletzt deswegen seien mehr Mittel zur erfolgreichen Bewältigung internationaler Angelegenheiten bitter nötig.

In der anschließenden Fragerunde erkannten die Teilnehmer des runden Tisches an, dass das hiesige Haushaltsdefizit die Freisetzung weiterer Mittel erschwere.

Während Albright empfahl einen hohen militärischen Vertreter zu überzeugen, sich öffentlich für eine Erhöhung des Etats für internationale Angelegenheiten auszusprechen, forderte Giambastiani einen stärkeren gesamtheitlichen Ansatz in Fragen der internationalen Sicherheitspolitik, um die Hierarchien in den beteiligten Ministerien abzubauen.